

# Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:  
III/30/vea

Verantwortliche/r:  
Rechtsabteilung

Vorlagennummer:  
30-R/038/2011/1

## Ablauf von Bürgerversammlungen;

hier: Antrag der Fraktion Grüne Liste Nr. 032/2011 vom 05.04.2011

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Ältestenrat (-ausschuss)	12.10.2011	N	Einbringung	verwiesen
Stadtrat	27.10.2011	Ö	Beschluss	mehrheitlich angenommen

## Beteiligte Dienststellen

### Anlagen:

Amt 13; RvM;

## I. Antrag

Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Der Fraktionsantrag Nr. 032/2011 vom 05.04.2011 ist damit bearbeitet.

## II. Begründung

### 1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Diese Vorlage lag dem Stadtrat in der Sitzung vom 28.07.2011 vor. Sie wurde auf Antrag vertagt. Die Vorlage sollte im Ältestenrat behandelt und dann erneut zur Beschlussfassung vorgelegt werden. In die Anlagen sollten noch die beiden im Schreiben der Regierung von Mittelfranken erwähnten Schreiben beigefügt werden. Dem ist die Verwaltung nachgekommen (Anlagen 5 und 6).

Die praktizierte Vorgehensweise der Stadt Erlangen im Zusammenhang mit der Abhaltung von Bürgerversammlungen wurde geprüft, gewürdigt und nicht beanstandet.

### 2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Da Mitglieder der Fraktion Grüne Liste mündlich und auch schriftlich mit dem Fraktionsantrag Nr. 032/2011 (Anlage 1) dargelegt haben, dass nach ihrer Auffassung der Ablauf von Bürgerversammlungen nicht den Bestimmungen der Gemeindeordnung entsprechen würde und deshalb geändert werden müsste, wurde die Angelegenheit vom Oberbürgermeister der Regierung von Mittelfranken als Rechtsaufsichtsbehörde vorgetragen.

Die Rechtsaufsicht hat bestätigt,

- dass der **Oberbürgermeister** für die Einberufung einer Bürgerversammlung und als deren Vorsitzender für den Ablauf **eigenverantwortlich** zuständig ist,
- dass den Bürgerinnen und Bürgern ein Anwesenheits-, Rede-, Antrags- und Stimmrecht zusteht,
- dass Empfehlungen der Bürgerversammlung innerhalb einer Frist von 3 Monaten im Stadtrat oder in einem Ausschuss des Stadtrats zu behandeln sind,
- dass sonstige Anliegen und Anregungen aus der Bürgerversammlung, auch solche, die in der Verwaltung in eigener Zuständigkeit zu bearbeiten sind, dem HfPA zur Kenntnis gegeben werden können und dass eine ausschließliche Behandlung solcher Anliegen und Anregungen **im Stadtrat** (wie von der Fraktion Grüne Liste gewünscht) nicht zwingend ist,

- dass durch die Regelungen der Gemeindeordnung zur Bürgerversammlung keine „sondergesetzliche Zuständigkeit des Stadtrats“ begründet wird, dass aber der Stadtrat die Möglichkeit hat Richtlinien aufzustellen, z. B. – wie geschehen – durch Festlegung einer Geschäftsordnung.

Der Satz 1 in Art. 18 Abs. 4 Gemeindeordnung (vgl. Anlage 2) „Empfehlungen der Bürgerversammlungen müssen innerhalb einer Frist von drei Monaten vom Gemeinderat behandelt werden.“ bedeutet nicht, dass damit der Stadtrat anstelle der Verwaltung eine Sachentscheidung zu treffen hätte. Anliegen und Anregungen, für die die Verwaltung zuständig ist, werden von der Verwaltung bearbeitet. Stadtratsmitglieder müssen über die Protokolle zu den Bürgerversammlungen Kenntnis über diese Anliegen und Anregungen. erhalten

### 3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Künftige Bürgerversammlungen werden – wie aufgezeigt – nach den Vorgaben in Art. 18 Gemeindeordnung (vgl. Anlage2) durchgeführt.

Art. 37 Gemeindeordnung (vgl. Anlage 3), die Regelung der Zuständigkeit des ersten Bürgermeisters in laufenden Angelegenheiten, wird weiterhin eingehalten.

### 4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

#### Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt  
 sind vorhanden auf IvP-Nr.  
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk  
 sind nicht vorhanden

- Anlagen:** Anlage 1: Fraktionsantrag Grüne Liste Nr. 032//2011 vom 05.04.2011  
Anlage 2: Art. 18 Gemeindeordnung  
Anlage 3: Art. 37 Gemeindeordnung  
Anlage 4: Schreiben der RvM vom 19.05.2011 (nur im Ratsinfo)  
Anlage 5: Schreiben vom 07.04.2011 (nur im Ratsinfo)  
Anlage 6: Schreiben vom 16.05.2011 (nur im Ratsinfo)

### III. Abstimmung

Beratung im Gremium: Ältestenrat (-ausschuss) am 12.10.2011

#### **Protokollvermerk:**

Nach ausführlicher Diskussion sagt Herr Oberbürgermeister Dr. Balleis zu, dass Protokolle der Bürgerversammlungen nach spätestens vier Wochen den Fraktionen zugeleitet werden. Er sagt ebenfalls zu, dass bei zukünftigen Bürgerversammlungen zu Beginn gemäß Nr. 2 des Fraktionsantrages Nr. 32/2011 der Grünen Liste informiert wird.

#### **Ergebnis/Beschluss:**

Die weitere Behandlung erfolgt in der Stadtratssitzung am 27.10.11.

gez. Dr. Balleis  
Vorsitzende/r

gez. Vittinghoff  
Berichterstatter/in

Beratung im Gremium: Stadtrat am 27.10.2011

#### **Ergebnis/Beschluss:**

Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.  
Der Fraktionsantrag Nr. 032/2011 vom 05.04.2011 ist damit bearbeitet.

mit 48 gegen 1 Stimmen

gez. Dr. Balleis  
Vorsitzende/r

gez. Wüstner  
Berichterstatter/in

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang